



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

**Drucksache Nr.:**  
**05279-06-E1**

An den  
Vorsitzenden des Rates der Stadt Dort-  
mund

10.05.2006

### **Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt**

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		2.2
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt Dortmund		18.05.2006

### **Tagesordnungspunkt**

Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen und Dortmund

Sehr geehrte Herr Vorsitzender,

die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bitten, in der Sitzung des Rates am 18. Mai 2006 den Tagesordnungspunkt „Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen und Dortmund“ als Angelegenheit von besonderer Bedeutung und öffentlichem Interesse vorzusehen und dabei den nachfolgende Antrag zu behandeln.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragen:

1. Der Rat der Stadt Dortmund stellt fest, dass die sehr erfolgreiche Wohnungspolitik der Stadt Dortmund durch die Vereinbarungen und Beschlüsse der neuen CDU/FDP-Landesregierung bzw. der schwarz-gelben Landtagsmehrheit konterkariert wird.

Der Rat der Stadt Dortmund verurteilt diese Maßnahmen und Pläne und stellt fest, dass

- durch die Aufhebung der Überlassungsverordnung von Sozialwohnungen (§ 5a Wohnungsbindungsgesetz) zum 31.12.2005 die Möglichkeiten der Stadt Dortmund, auf die Belegung von Sozialwohnungen einzuwirken, massiv verringert worden sind;
- die Realisierung des Plans, die Zweckentfremdungsverordnung nicht über den 31.12.2006 hinaus zu verlängern, die Einwirkung der Stadt auf spekulative Leer-

stände und Missstände in Wohnungen unmöglich machen wird;

- durch die geplante Abschaffung der Kündigungssperrfristverordnung der Mieterschutz in Dortmund erheblich geschwächt und eines der wenigen Steuerungsinstrumente im Rahmen der anhaltenden internationalen Ökonomisierung der Wohnungsmärkte aufgegeben wird;
- mit dem Wohnraumförderungsprogramm 2006 der Handlungsspielraum der Stadt Dortmund für eine nachfragegerechte und zielgruppenorientierte Wohnraumversorgung im Mietwohnungsbau erheblich eingeschränkt wurde,
- der geplante Verkauf der LEG zu Unsicherheiten bei deren Mieterinnen und Mietern führen wird und massiven Verschlechterungen in den Wohnquartieren nach sich ziehen kann.

Der Rat der Stadt Dortmund fordert Landesregierung und Landtag NRW auf, die oben genannten wohnungspolitischen Kahlschlagmaßnahmen nicht zu beschließen bzw. umgehend zu korrigieren.

2. Der Rat der Stadt Dortmund unterstützt die öffentlich erklärte Absicht der DOGEWO,
  - a) den Erwerb von LEG-Wohnungsbeständen in Dortmund zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen zu prüfen,
  - b) sich an der Bietergemeinschaft mit anderen kommunalen Wohnungsunternehmen zur Übernahme der LEG zu beteiligen.

### Begründung

Die LEG verfügt in Dortmund über ca. 4.000 Wohnungen. Diese können durch den von der CDU/FDP-Landesregierung geplanten Verkauf der Gesellschaft in die Hände von ausländischen Private Equity-Gesellschaften geraten, bei denen das Kapital- und nicht das Mieterinteresse im Mittelpunkt steht. Es drohen soziale Entmischung, die Entstehung von verfallenden Quartieren, Diskriminierung und erschwerter Marktzugang benachteiligter Gruppen, prekäre Wohnverhältnissen bis hin zu Obdachlosigkeit, Angst und Unsicherheit unter den Mietern, sprunghafte Ausschläge bei Mieten, Preisen und Leerstandsquoten.

Vor dem Hintergrund der Frage, ob für die LEG der maximale Preis mit den genannten Nebeneffekten erzielt werden soll oder ob die Wohnungsbestände eine soziale Zukunft haben sollen, entscheidet sich der Rat der Stadt Dortmund für die zweite Alternative. Statt die LEG als Ganzes zu verkaufen, plädiert der Rat für eine Lösung, die ein auf die Region abgestimmtes Konzept beinhaltet.

Die DOGEWO hat bewiesen, dass es möglich ist, Wohnungsbestände optimal zu bewirtschaften. Anders als Firmen, die aus dem reinen Verkauf von Wohnungsbe-

ständen ihre Gewinne erzielen, verdient die DOGEWO an einer ordnungsgemäßen und sozial orientierten Bewirtschaftung. Ebenfalls nachgewiesen hat die DOGEWO, dass sie dabei stets die Interessen ihrer Kunden – der Mieterinnen und Mieter – zu wahren weiß.

Die DOGEWO sollte sich daher darum bemühen, im Fall eines Verkaufs der LEG deren Wohnungsbestände in Dortmund zu erwerben. Sinnvollerweise sollten andere kommunalen Wohnungsunternehmen in NRW in ihren Städten ebenso verfahren. Daher ist eine Kooperation der kommunalen Wohnungsunternehmen anzustreben.

F. d. R.

F. d. R.

Dr. Andreas Paust  
SPD-Ratsfraktion

Petra Kesper  
Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus

Mit freundlichen Grüßen

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Ernst Prüsse  
SPD-Ratsfraktion

gez.  
Mario Krüger  
Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus